

Dienstag
8. Oktober 2013

Fr. 3.50, Ausland: € 3.00 / AZ 8021 Zürich
121. Jahrgang Nr. 233

Fussball Wem die in der Schweiz lebenden Albaner beim WM-Qualifikationsspiel die Daumen drücken. 42, 43

Gourmet Der «Gault Millau» hat entschieden: Eine Frau ist «Koch des Jahres». Und ein Junger ist der Aufsteiger. 9, 15

Literatur Bunt wie der Karneval in Rio – Brasilien zu Gast an der Buchmesse. 23-25



Viele Banken geben den Kunden nicht, was ihnen zusteht

Trotz Bundesgerichtsurteil: Rückforderungen der Retrozessionen lassen sich kaum durchsetzen.

Von Bruno Schletti

Anwälte schlagen Alarm: Die Vertriebskommissionen (Retrozessionen), die Banken über Jahre eingesteckt haben, die nach dem Urteil des Bundesgerichts aber den Bankkunden gehören, lassen sich nur gegen massiven Widerstand der Banken zurückfordern. Der Zürcher Wirtschaftsanwalt Daniel Fischer wirft den Banken Missachtung des Bundesgerichts vor. Auch Simone Nadelhofer, Anwältin der Kanzlei Lalive sagt: «Die Banken mauern oftmals.»

Zunehmend wird in diesem Zusammenhang auch die Finanzmarktaufsichtsbehörde (Finma) kritisiert, zumal das Bundesgericht bereits 2006 erstmals festgehalten hat, dass die Vertriebskommissionen den Bankkunden zustehen. Die an der Hochschule Luzern lehrende Basler Juristin Monika Roth kritisierte in einem von Finews.ch veröffentlichten Interview, nicht nur die Banken, sondern auch die Aufsicht habe die Retrozessionsproblematik vernachlässigt.

Nachdem das Bundesgericht vor rund einem Jahr die UBS zur Rückerstattung der Kommissionen an einen Kunden verurteilt hatte, reagierte die Finma mit einem Schreiben an alle Banken. Darin forderte sie diese auf, dem Urteil unver-

züglich Rechnung zu tragen. Die Frage des «Tages-Anzeigers», ob sie der Ansicht sei, die Banken befolgten den Entscheid des Bundesgerichts, beantwortet die Aufsichtsbehörde ausweichend: «Die Finma hat angekündigt, dass sie dem Umgang der Banken mit dem Bundesgerichtsurteil im Rahmen ihrer Aufsicht nachgehen wird. Dies geschieht.»

Unbeantwortet bleibt die Frage nach der Gesamtsumme der Vertriebskommissionen, welche die Banken an die Kunden rückvergüten müssten. Die Finanzinstitute mussten auf Verlangen der Behörde die entsprechenden Daten ausweisen. Die Finma gibt diese Zahl aber nicht bekannt. Sie lässt die Öffentlichkeit auch im Ungewissen, auf wie viele Jahre zurück sie die Zahlen von den Banken angefordert hat. Dieser Punkt ist deshalb wichtig, weil sich viele Banken entgegen der Meinung der meisten unabhängigen Juristen auf den Standpunkt stellen, dass die Verjährungsfrist nicht zehn, sondern nur fünf Jahre beträgt. Das Total der Rückvergütungen wird auf mehrere Milliarden Franken geschätzt. Setzen die Banken eine Verjährungsfrist von fünf Jahren durch, können sie auf Kosten der Kunden sehr viel Geld sparen.

Kommentar Seite 2, Bericht Seite 35

Markant mehr Zürcher Richterinnen

Die Zahl der Richterinnen am Zürcher Obergericht und den zwölf Bezirksgerichten hat deutlich zugenommen. 1995 war erst 15 Prozent des richtenden Personals weiblich, heute sind es 42 Prozent. Während die Zahl der männlichen Richter seit 1995 von 122 auf 113 zurückgegangen ist, hat sich jene der Richterinnen von 21 auf 83 annähernd vervierfacht. Allerdings sind Frauen in den Führungspositionen nach wie vor untervertreten. Von 60 leitenden Posten bekleiden Richterinnen nur gerade 12. Die langjährige Oberrichterin Annegret Katzenstein übt deswegen Kritik: Die Oberichter hätten etliche Möglichkeiten verpasst, fähige Kandidatinnen in die Verwaltungskommission oder als Gerichtspräsidentin zu wählen. (res) - Seite 13

Die Genfer wählen am liebsten radikal

Die Oppositionspartei Mouvement Citoyen Genevois (MCG) gewinnt, die Grünen verlieren: Die zweite Auszählung der Genfer Regierungs- und Parlamentswahlen hat die gleichen Resultate wie am Sonntagabend ergeben. Das MCG gewinnt demnach im Parlament 3 Sitze und verfügt neu über 20 Sitze. Die Grünen verlieren 7 Sitze und haben noch deren 10. Dass die Genfer für das MCG gestimmt haben, passt zum Kanton. Die Mehrheiten wechseln immer wieder, das Doppelprofil der Oppositionspartei aus sehr linken und extrem rechten Ansichten spiegelt die Befindlichkeiten in der Bevölkerung. Der Genfer SVP-Nationalrat Yves Nidegger formuliert es so: «Wir leben in einem politisch psychopathischen Kanton.» (SDA/TA) - Seite 3

Ein Mädchen verändert die Welt



Sie ist auf bestem Weg, eine globale Ikone zu werden: Die Pakistanerin Malala Yousafzai. Foto: Christopher Furlong (Getty Images)

Eine Teenagerin ist derzeit eine der gefragtsten Rednerinnen und Interviewpartnerinnen: die 16-jährige pakistanische Schülerin Malala Yousafzai. Viele glauben, dass ihr am Freitag der Friedensnobelpreis verliehen wird. Bereits heute erscheint ihr Buch «I am Malala» («Ich bin Malala»), in dem sie ihre Geschichte erzählt. Es ist die Geschichte

eines Mädchens aus dem Swat-Tal nahe der afghanischen Grenze, das sich traute, in Blogs gegen die Taliban anzuschreiben. Und das immer wieder das Recht aller Mädchen auf Bildung einforderte. Dafür zahlte Malala Yousafzai einen hohen Preis: Vor einem Jahr wurde ihr in den Kopf geschossen, sie überlebte nur knapp. Mittlerweile lebt sie in

England, wo sie operiert wurde, plant aber die Rückkehr nach Pakistan. Dort möchte sie Politikerin werden - und den Dialog mit den Taliban suchen.

Ein Augenschein im Swat-Tal zeigt, dass Malalas Kampf noch lange nicht vorbei ist: Viele Mädchen wollen in die Schule. Aber nur vier von zehn erreichen derzeit dieses Ziel. (TA) - Seite 5

Heute

Unglück Vermisster Schweizer Bub in Italien tot geborgen

Die toskanische Feuerwehr hat gestern die Leiche des vermissten Kindes aus der Schweiz gefunden. Sie lag in einem Bachbett rund zehn Kilometer vom Unglücksort entfernt, an dem der Sechsjährige und sein Vater am Samstag im Auto von einer Flutwelle erfasst worden waren. Nach dem Vater wird weiterhin gesucht. Vater, Sohn und die 43-jährige Mutter stammen aus Bern. Sie waren Teil einer Gruppe von Triathleten, die in der Region Ferien machte. - Seite 12

Medizin Nobelpreis für die Entdecker des «Paketdiensts in der Zelle»

Der Nobelpreis für Medizin geht in diesem Jahr an einen deutschen und zwei amerikanische Biochemiker. Thomas Südhof, James Rothman und Randy Schekman hätten das Rätsel des Transportsystems im Inneren der Zellen gelöst, teilte das schwedische Karolinska-Institut gestern mit. Sie hätten damit einen grundlegenden Vorgang im Zellstoffwechsel entdeckt, der von der Hefe bis zum Menschen nach denselben Prinzipien ablaufe. - Seite 34

Wirtschaft Mehr Transparenz in der Textilindustrie von Bangladesh

Die Zulieferer der asiatischen Textilindustrie haben erstmals ein Gesicht: Eine Liste nennt Namen, Adressen und die wichtigsten Kennzahlen von 1600 Firmen in Bangladesh. Diese Liste ist ein Schritt auf dem Weg zu mehr Transparenz in der Lieferkette, welche 90 namhafte Modeunternehmen im Mai in einem Abkommen vereinbart hatten - nachdem Hunderte Textilarbeiterinnen bei Bränden und einem Fabrikeinsturz getötet worden waren. - Seite 37

Kommentare & Analysen

«Älteren Personen wird durch das Telefon das Gefühl vermittelt, dass sie gebraucht werden.»

Psychologin Bettina Ugolini über die Gründe für den Erfolg von Enkeltrickbetrügern. - Seite 12

Kopf des Tages

Ein Bayer mit wallender Mähne soll die deutschen Grünen wieder auf Kurs bringen. - Seite 9

Service

Wetter	10
Leserbriefe	11
Todesanzeigen	20
Veranstaltungen	27
Fernsehprogramme	28, 29
Rätsel	33
Stellen	16-19
Börse	38



Seite Zwei



Kommentar
Bruno Schletti, Wirtschaftsredaktor,
über die Taktik im Umgang mit
einem Urteil des Bundesgerichts.

Das Spiel der Banken

Das Bundesgericht hat zweimal festgehalten, dass Vertriebs- und andere Kommissionen den Bankkunden gehören. Banken und Vermögensverwalter müssen zurückbehaltene Gelder herausrücken. Viele tun es - will man Kunden und deren Anwälten glauben - nicht.

Die Abwehrstrategie scheint System zu haben: Kundenanfragen betreffend entgangene Kommissionen werden oft lange nicht beantwortet, dann mit Verweis auf Verjährung oder eine unterzeichnete Verzichtserklärung abgewimmelt. Diese Verzögerungstaktik ist zentral, bringt doch jeder Zeitgewinn für die Bank die Verjährung eines Teils der Ansprüche. Dazu kommt die Vernebelungsstrategie: Kunden wird gesagt, die teils Jahre zurückliegenden Kommissio-

nen liessen sich nicht rekonstruieren. Oder die Banken händigen den Kunden Zahlentabellen aus, deren Richtigkeit nicht überprüfbar ist.

Ohne Anwalt ist kein Durchkommen, ohne Klage(drohung) keine Aussicht auf Erfolg. Niemand weiss das besser als die Banken. Und so spielen sie dieses Spiel im Wissen darum, dass nur wenige das Risiko von hohen Anwalts- und Gerichtskosten auf sich nehmen werden.

Mit von der Partie ist die Finanzaufsichtsbehörde Finma. Alle Banken mussten der Behörde das Total der unrechtmässig zurückgehaltenen Kommissionen mitteilen. Zu hoffen ist, dass die Finma auch die Zahl der effektiv an die Kunden zurückbezahlten Gelder einfordern wird. Die Differenz wird

aufzeigen, ob und wie die Banken das Bundesgerichtsurteil umsetzen. Erfahren wird das die Öffentlichkeit aber nicht. Denn die Finma hält diese Zahlen unter Verschluss. Genauso weigert sie sich, Auskunft zu geben, ob sie von den Banken Zahlen auf fünf oder zehn Jahre zurückverlangt hat - eine zentrale Frage, wird doch um die Verjährungsfrist gestritten. Dabei hätten die Öffentlichkeit und vor allem die betroffenen Bankkunden ein eminentes Interesse, zu erfahren, wie sich die Aufsicht in dieser Frage positioniert. Solange die Finma im Verborgenen operiert, bleibt der Verdacht, dass sie die Interessen der Banken höher gewichtet als die der Anleger. Der Auftrag der Finma, die Anleger zu schützen, bleibt damit bedrucktes Papier.

Die kleine Geschichte Die Studenten in der ungarischen Kleinstadt Kaposvár gehen nackt zum Unterricht.

Kleiderordnung muss sein!

Also lautet ein Beschluss, dass der Mensch sich ordentlich anziehen muss. Und zwar richtig ordentlich. Keine Schlapperhemden, keine zerrissenen Jeans. Auf gar keinen Fall kurze Hosen oder Miniröcke. Und auch kein auffallendes Make-up, keine Flip-Flops an den Füßen, keine langen Haare oder Fingernägel und kein intensives Parfüm. Der gestrenge Rektor will es nicht und hat es deshalb verboten. Seit 1. Oktober ist das Verbot in Kraft.

Wo sind wir hier? An der Universität Kabul? Keineswegs. Die fundamentalistische Kleiderordnung ist an der Hochschule von Kaposvár erlassen worden, einer Kleinstadt im Süden Ungarns. Eine Universität gibt es dort erst seit 13 Jahren, und mit ihren vier Fakultäten ist sie die kleinste im Land. Aber auch die strengste. Zumindest, was Aussehen und Auftreten der Studenten betrifft.

Das fand Rektor Ferenc Szávai nämlich nicht so gut. Und so schickte er einen Brief an alle Studierenden. Darin legte er nicht nur das Verbot kurzer Hosen und Röcke fest, sondern schickte gleich die Anweisung mit, wie sich die Studenten zu kleiden haben. Bei Prüfungen und Vorlesungen: lange Röcke

für die Frauen, dunkle Anzüge und Krawatten mit seriösem Muster für die Herren.

Was hat sich der Herr Rektor wohl dabei gedacht? Auf der Website der Universität ist ein Bild von ihm, da steht er im schwarzen Samtsakko, mit Schnauz, strengem Blick und der goldenen Rektorenkette um den Hals. Bilder können täuschen, natürlich. Aber dieses vermittelt zumindest nicht den Eindruck, als würde Szávai dem grün-alternativen Lager nahestehen. Oder dem liberalen. Oder irgendeinem Lager, das nicht die Heilige Inquisition als oberste Instanz anerkennt. Und dann wandelt dieser Hüter der reinen Lehre durch



Ferenc Szávai, Rektor der Uni Kaposvár, gefiel nicht, was er sah.

die Gänge der Alma Mater und sieht was? Nackte Frauenschlenkel! Behaarte Männerbeine! Fleischlust, überall. Wer würde da nicht zum Taliban werden?

Dummerweise - aber auch nicht wirklich überraschend - hat der Rektor genau das Gegenteil erreicht. Vergangene Woche kam eine Klasse der Kunstfakultät züchtig bekleidet zur Vorlesung, zog sich dann aber im Hörsaal bis auf die Unterhosen aus. Die Bilder davon stellten sie gleich ins Internet. Gestern erschienen etliche Studenten in Strandsandalen zum Unterricht, nur mit einem Handtuch bekleidet. Zu diesem «Tag der Nacktheit» rief die Facebook-Gruppe Dresscode 2013 auf. Deren Mitglieder bezeichnen sich selbst als «Décolletépolizei, Strandschlappenmafia, Kostümkommando».

Immerhin hat es der Rektor geschafft, seine Mini-Uni weit über die Landesgrenzen hinaus bekannt zu machen. Wer in Zukunft den Namen der Universität Kaposvár googelt, wird wohl früher oder später (eher früher) auf die Fotos der nackten Studenten stossen. Die Gefahr, dass die Universität unter diesen Umständen in den nächsten Jahren von neuen Studenten regelrecht ge-

stürmt wird, scheint aber eher gering.

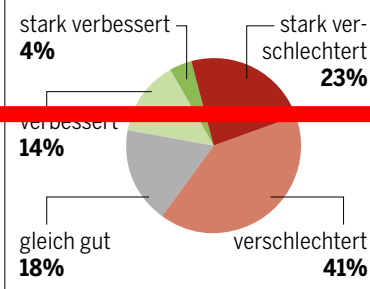
Überhaupt sind übervolle Hörsäle und ausgebuchte Seminare nicht gerade ein grosses Problem ungarischer Universitäten. Heute habe Ungarn 50 000 Studenten weniger als noch vor zwei Jahren, schreibt die Onlinezeitung «Pester Lloyd». Das liegt weniger an Kleidervorschriften als an den Sparmassnahmen der Regierung von Viktor Orban bei den Hochschulen und am Zwang, nach Studienabschluss im Inland arbeiten zu müssen. Wer das nicht will, muss die Ausbildungskosten zurückzahlen. Die Folge: Junge Ungarn stürmen die Hochschulen - in Österreich, Deutschland und in der Schweiz.

In der satirischen «Heute-Show» des deutschen ZDF bekam Ungarn den ersten Platz im Ranking der «beklopptesten Länder der Woche» - vor Österreich und den USA. Das war vergangene Woche und bezog sich auf ein Verfassungsgesetz der Regierung Orban, das Obdachlose kriminalisiert und ihren Aufenthalt auf der Strasse verbietet. Mit der Kleiderordnung in Kaposvár hat das Land gute Chancen, den Titel diese Woche zu verteidigen.

Bernhard Odehnal, Wien

Online-Umfrage

Wie beurteilen Sie die gesamte Dienstleistung der SBB im Vergleich zu vor 10 Jahren?



1823 Leserinnen und Leser antworteten.

Die Schweizer sind mit den SBB zunehmend unzufriedener. Die Serie von Pannen, Unfällen und Störungen hat dem Image der SBB offensichtlich geschadet. Eine Online-Umfrage des TA bestätigt dies. Rund zwei Drittel der Leser sind der Meinung, dass die Dienstleistungen der SBB in den letzten 10 Jahren schlechter geworden seien.

Das nebenstehende Ergebnis ist der Zwischenstand der TA-Umfrage von gestern Abend. Das Endergebnis und dessen Analyse finden Sie heute ab 12 Uhr auf www.tagesanzeiger.ch.

Heute auf www.tagesanzeiger.ch

Tödlicher Velounfall: Der tote Winkel aus Sicht eines LKW-Fahrers im Video.

Mamablog: Freund oder Mann - wann welche Bezeichnung angebracht ist. In Stockholm wird der Physiknobelpreis vergeben.

Inseraterubriken

Amtliche & div. Mitteilungen - 20
Gottesdienste -
Todesanzeigen - 20
Bildung & Kurse - 10
Erotik - 32
Ferien & Reisen -
Kultur & Veranstaltungen - 30
Auto - 27
Finanzmarkt & Treuhand - 10
Immobilien Miete - 26

Immobilien Verkauf - 26
Marktplatz - 27
Büro & Multimedia -
Haus & Garten - 27
Beauty & Wellness - 27
Freizeit, Sport & Genuss -
Bekleidung & Accessoires - 27
Privatmarkt - 27
Rendez-vous -
Stellen - 16

Das aktuelle Angebot für Tages-Anzeiger-Abonnenten:



17. INTERNATIONALE KURZFILMTAGE WINTERTHUR

5. bis 10. November 2013

Das bedeutendste Kurzfilmfestival der Schweiz zeigt kurze Delikatessen aus aller Welt und macht Winterthur im November für eine Woche zur Hauptstadt des Kurzfilms. Dieses Jahr rücken die Kurzfilmtage nebst den Wettbewerbprogrammen das unabhängige Kurzfilmschaffen der USA ins Zentrum, empfangen hohen Besuch aus Kuba direkt von der Biennale di Venezia, gehen religiösen Ritualen nach und zelebrieren den Western, den Horror und die Liebe.

IHR CARTE BLANCHE-ANGEBOT:

CHF 13.- statt CHF 16.-

VORVERKAUF:

Unter www.kurzfilmtage.ch oder www.ticketino.ch, telefonisch bei Ticketino 0900 441 441 (CHF 1.-/Min., Festnetzstarif) oder an allen Ticketino-Vorverkaufsstellen. Bei der Buchung bitte die CARTE BLANCHE-Nummer angeben. Maximal 2 Tickets pro CARTE BLANCHE. Das Angebot ist limitiert.

WEITERE INFORMATIONEN:

www.kurzfilmtage.ch



Ihre persönliche CARTE BLANCHE erhalten Sie gratis und exklusiv zum Tages-Anzeiger-Abo, 0848 848 840 oder www.tagesanzeiger.ch/abo

Dranbleiben.

Tages-Anzeiger

Wirtschaft



Tabaklobby In Brüssel ziehen die Marlboro-Männer alle Register, um weitere Zigaretten-Warnhinweise zu verhindern. 37



«Verzögerung, Verjährung, Verzicht»: Gemäss Experten versuchen die Banken mit allen Mitteln, die Rückzahlung von Kommissionen zu vermeiden. Foto: Mark Henley (Panos)

Viele Banken mauern beim Umsetzen des Bundesgerichtsurteils

Bankkunden, die Vertriebskommissionen zurückfordern, stossen auf massiven Widerstand. Anwälte werfen einem Teil der Banken Verschleierungs- und Verzögerungstaktik vor.

Von Bruno Schletti

Eigentlich ist der Fall klar: Die Kommissionen (auch Retrozessionen oder Kickbacks genannt), welche Banken und unabhängige Vermögensverwalter für den Vertrieb von Anlageprodukten über Jahre zurückbehalten haben, gehören den Kunden. So hat das Bundesgericht zweimal - 2006 und 2012 - entschieden. Und das hat auch die Aufsichtsbehörde (Finma) in einer Mitteilung an die Banken festgehalten: «Bestandespflegekommissionen, die Banken in ihrer Funktion als Vermögensverwalter erhalten, gehören dem Kunden.» Im gleichen Schreiben hielt die Finma fest: «Dem Entscheid des Bundesgerichts ist im Rahmen der laufenden Geschäftstätigkeit umgehend Rechnung zu tragen.»

Anwälte, die Bankkunden bei der Rückforderung solcher Kommissionen vertreten, machen nicht die Erfahrung, dass die Banken dem Aufruf der Finma Folge leisten. Simone Nadelhofer, Anwältin bei der Kanzlei Lalive in Zürich, vertritt vermögende Privatpersonen und Unternehmen gegenüber verschiedenen Banken. Die Rückforderung der Vertriebskommissionen gestalte sich als «eher schwierig». «Die Banken mauern oftmals», sagt Nadelhofer.

Es fehlt an Transparenz

Am schwierigsten sei es, an die Informationen heranzukommen. Wenn Kunden von ihrer Bank Auskunft über entgangene Kommissionen verlangten, erhielten sie oft eine von der Bank angefertigte Excel-Tabelle mit Beträgen, die für den Kunden schwierig nachzuvollziehen seien, sagt Nadelhofer. Es fehle an Unterlagen, um überprüfen zu können, wie die Bank auf diesen Betrag komme.

Transparenz über die geflossenen Kommissionen würden etwa die Vereinbarungen schaffen, welche die Banken mit den Herstellern der Anlageprodukte geschlossen hatten. Gemäss Nadelhofer rücken die Banken diese Verträge aber

nicht heraus. «Tun sie das nicht freiwillig», sagt die Anwältin, «muss sich der Kunde eine Klage auf Herausgabe der Vereinbarungen überlegen.»

Anwalt Daniel Fischer von AFP Advokatur Fischer & Partner sagt, dass viele Banken, um die Retrozessionen nicht beziehungsweise so lange wie möglich nicht an die Kunden zurückzahlen zu müssen, eine «VVV-Strategie» anwenden: «Verzögerung, Verjährung, Verzicht.» Zuerst beantworteten sie entsprechende Anfragen sehr lange gar

«Dass die Bankjuristen die Verjährung bei fünf Jahren ansetzen, erstaunt niemanden, geht es doch um sehr viel Geld.»

Simone Nadelhofer, Anwältin

nicht, dann erzählten sie den Kunden, die ihnen zustehenden Kommissionen liessen sich praktisch nicht berechnen. Es sei technisch sehr schwierig, auf Jahre zurück festzustellen, welche Zahlungen an die Bank geflossen und wie diese durch ihre Systeme auf die Kunden verteilt worden seien. Beharrt der Kunde auf der Berechnung, machen die Banken aus Sicht von Fischer eine falsche Verjährungsfrist von fünf Jahren geltend. Pocht der Kunde mit Verweis auf das Bundesgerichtsurteil weiter auf Rückzahlung der Provisionen, halten sie ihm vor, er habe eine Verzichtserklärung auf alle Kommissionen unterzeichnet.

Die Verjährungsfrist ist heiss umstritten. Das Bundesgericht hat diese Frage in seinem Urteil vom letzten Jahr nicht geklärt. Unabhängige Juristen sind sich aber weit herum einig, dass die Banken die Vertriebskommissionen bis zehn Jahre zurück rückvergüten müssen (TA vom 16. Februar) - eine Auffassung, die auch Nadelhofer und Fischer teilen.

Dennoch wollen die meisten Banken die Kommissionen für höchstens fünf Jahre rückvergüten.

Es geht um Milliarden

Juristen, die diese Position vertreten, stammen zumeist von Kanzleien, die von den Grossbanken regelmässig mit Mandaten betraut werden. Nadelhofer sagt: «Dass die Bankjuristen die Verjährung bei fünf Jahren ansetzen, erstaunt niemanden, geht es doch um sehr viel Geld.» Auch Fischer sagt mit Verweis darauf, dass zehn Jahre Rückzahlungspflicht in die Börsenboomjahre zurückreichen: «Für die betroffenen Kunden kann das in praktisch allen Fällen sehr viel Geld bedeuten.» Schätzungen gehen davon aus, dass die Banken insgesamt mehrere Milliarden Franken an die Kunden rückvergüten müssten.

Der Hinweis vieler Banken, dass Kunden einen Verzicht auf die Retrozessionen unterschrieben hätten, entbehrt oft der rechtlichen Grundlage. Er ist nur relevant, wenn auf der Verzichtserklärung die Summe angegeben ist, auf die verzichtet wird. «Man kann nicht auf etwas verzichten, dessen genaue Grössenordnung man nicht kennt», sagt Fischer.

Gar nichts hält Fischer vom Argument vieler Banken, die geflossenen Retrozessionen liessen sich technisch nicht mehr rekonstruieren: «Technisch konnten die Banken komischerweise berechnen, was sie kassierten, aber nicht, was sie heute zurückzahlen müssen. Muss man etwas geben, ist die Berechnung plötzlich furchtbar schwierig.» Fischer meint, dass viele Banken das Bundesgerichtsurteil nicht umsetzen. Er sagt: «Viele Banken sind im Begriff, aus rein kommerziellen Überlegungen die Judikative und damit das Funktionieren des hiesigen Rechtsstaates zu missachten.»

Wie sollen sich Bankkunden verhalten? Jenen mit viel Geld, die von entgangenen Kommissionen von 100 000 Franken und mehr ausgehen können, rät

Nadelhofer zu klagen. «Ihre Chancen stehen gut.» Kunden mit weniger Geld sollen die Verjährung unterbrechen. Für sie als Anwältin sei dies stets die erste Amtshandlung. Verzichte die Bank nicht auf die Verjährung, leite sie die Betreibung gegen die Bank ein. So unterbreche man die Verjährung um ein Jahr.

Zur Verjährungsunterbrechung und Betreibung rät auch Stephan Pöhner, Geschäftsleitungsmitglied von AFP. Ferner solle man keinen prozentualen Abzug von Kosten akzeptieren: «Behauptete Kosten müssen in jedem Fall individuell und faktisch nachvollziehbar belegt werden.» Nachvollziehbar müsse auch die Berechnung der Retrozessionen sein. Grundsätzlich rät Pöhner zu schnellem Handeln, zum Beizug eines Anwaltes und: «Nicht schnell einknicken, Geduld und Beharrlichkeit zeigen.»

Das Schweigen der Finma

Die Finma bestätigt, dass ihre Haltung in dieser Angelegenheit unverändert sei. Zu ihrer Ankündigung, den Umgang der Banken mit dem Bundesgerichtsurteil zu beaufsichtigen, schreibt die Behörde: «Das geschieht.» Inwiefern die Behörde diesen Prozess begleitet, gibt sie indes nicht bekannt. Fragen, ob die Banken ihrer Informationspflicht der Kunden über ihr Anrecht auf Rückvergütung nachkommen, ob auch Kunden ohne Vermögensverwaltungsmandat entschädigt werden oder welche Position die Finma in der strittigen Frage der Verjährung einnimmt, bleiben unbeantwortet. Zum Thema Verjährung lässt die Behörde nur verlauten, die Beurteilung zivilrechtlicher Ansprüche falle in den Zuständigkeitsbereich der Zivilrichter. «Die Finma ist nicht befugt, sich hierzu zu äussern.»

Kommentar Seite 2

Melden Sie Ihre Erfahrung mit der Rückforderung von Vertriebsentschädigungen an wirtschaft@tagesanzeiger.ch.

Börse

SMI 7888 Punkte	-0.70%
Dow Jones Industrial 14936 Punkte	-0.90%
Euro Stoxx 50 2923 Punkte	-0.18%
Euro in Franken	1.23 0.00%
Dollar in Franken	0.90 +0.11%
Euro in Dollar	1.36 -0.11%
Rendite Bundesobligationen, in %	1.02 -5 Bp
Öl (Nordsee Brent) in Dollar	109.61 -
Gold (Unze) in Dollar	1321.60 +0.95%

Nachrichten

Onlinehandel

Amazon baut Logistikzentren in Polen auf

Der US-Konzern Amazon und die deutsche Gewerkschaft Verdi streiten erbittert über die Arbeitsbedingungen in den deutschen Logistikzentren des Onlinehändlers. Jetzt kündigt Amazon den Aufbau von drei neuen Standorten in Polen an. Sie sollen vor allem Kunden der deutschen Amazon-Site bedienen. In den Zentren sollen binnen dreier Jahre jeweils rund 2000 Arbeiter sowie in Stosszeiten jeweils 3000 Temporäre beschäftigt werden. Amazon betont, dass es nicht um eine Verlagerung von Logistik-Standorten aus Deutschland gehe. Ziel sei der Ausbau des europäischen Geschäfts. Polen sei wegen der günstigen geografischen Lage, der guten Anbindung und einer «grossartigen Beschäftigtenbasis» ausgesucht worden, erklärte das Unternehmen. (SDA)

Konjunktur

Die Eurozone bleibt auf Wachstumskurs

Prognostiker aus drei Ländern sind für die Eurozone optimistisch. Die Wirtschaft sei im dritten Quartal zwar voraussichtlich nur um 0,1 Prozent gewachsen, teilte das Münchner IFO-Institut am Montag zu der gemeinsamen Prognose mit dem französischen Insee und dem italienischen Istat-Institut mit. Die Konjunktur gewinne danach aber an Schwung. Für das laufende vierte Quartal wird ein Plus von 0,3 Prozent erwartet, für den Jahresbeginn 2014 sogar von 0,4 Prozent. «Unterstützung ist durch eine zunehmende Nachfrage aus anderen industrialisierten Volkswirtschaften wie den USA, Grossbritannien und Japan sowie aus China zu erwarten», schrieb das IFO-Institut. Belastungen entstünden allerdings durch den Sparzwang der Regierungen, die hohe Arbeitslosigkeit, restriktive Kreditvergabe sowie durch Strukturformen. (Reuters)

Flugzeugbau

Airbus knackt mit Japan die letzte Boeing-Bastion

Airbus bricht mit einem Milliarden-auftrag die Vormachtstellung des Erzrivalen Boeing in Japan. 31 Flieger des neuen Grossraumjets A350 gehen an Japan Airlines (JAL). Laut Listenpreis hat die Order einen Wert von 9,5 Milliarden Dollar. Es ist das erste Mal überhaupt, dass die Fluggesellschaft bei der EADS-Tochter kauft. JAL und All Nippon Airways (ANA) setzten bislang auf Boeing und zählen zu den wichtigsten Abnehmern des A350-Konkurrenzmodells 787 Dreamliner, für den Boeing sogar wichtige Teile in Japan herstellen lässt. Bei dem Flieger gab es jedoch immer wieder Pannen. Davon waren vor allem JAL und ANA betroffen. Beide haben so viele Dreamliner wie sonst keine andere Gesellschaft in ihren Flotten. (Reuters)

Immobilien

Gewinnwarnung belastet Aktien von Peach Property

Eine Gewinnwarnung hat die Aktien von Peach Property am Montag auf Talfahrt geschickt. Die Titel der Immobilienfirma fielen zeitweise um 9,1 Prozent und schlossen mit einem Minus von 7,27 Prozent bei 10.20 Franken. Durch die Insolvenz des Generalunternehmers BSS Beton-System-Schalungsbau bei Bauprojekten in Berlin kommen auf Peach Property rund 15 Millionen Euro Kosten zu. Sie dürfte das Jahr 2013 deswegen mit Verlust abschliessen. (Reuters)